



Wirtschaftsweise und Industriepolitik Nichts dazugelernt

Die Wirtschaftsweisen haben in ihrem Jahresgutachten zur aktuellen Industriepolitik der Bundesregierung Stellung genommen. Ihr Fazit: Der Staat muss sich aus Marktprozessen heraushalten. Richtig sei zwar, den Finanzmarkt zu stützen. Aber keinesfalls dürfe der Staat den Industriebranchen und Unternehmen unter die Arme greifen. Obwohl die dramatische Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dem „freien Spiel der Marktkräfte“ zu verdanken ist, ziehen die Wirtschaftsweisen keine Lehren daraus. Aus Sicht der IG Metall aber brauchen wir gerade jetzt einen Staat, der keine Angst vor einer aktiven Industriepolitik hat.

Notwendig: Renaissance der Industriepolitik

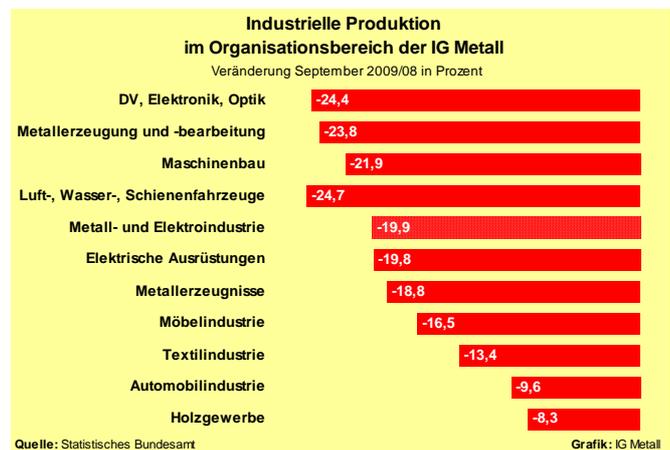
Noch weit in die erste Hälfte des Jahres 2008 entsprach staatliches Handeln dem Leitbild eines „schlanken Staates“, der möglichst wenig direkt in die Wirtschaft einzugreifen und ein weitestgehend ungehindertes Wirken der Marktmechanismen sicherzustellen hatte. Mit der internationalen Finanzkrise begann sich das politische Denken über die Rolle des Staates grundlegend zu wandeln. Mit dem Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft ist sogar die Forderung nach einer **Renaissance der Industriepolitik** in aller Munde.

Tatsächlich, viele Staaten versuchen, mit historisch einzigartigen Konjunkturpaketen der Weltwirtschaftskrise Herr zu werden. Seit die wirtschaftliche Talfahrt Mitte 2009 gestoppt scheint, droht sich der öffentliche Diskurs jedoch wieder zu verändern. Die Stimmen mehren sich, dass die Politik nun ihre Schuldigkeit getan habe. Der Staat solle nach den wirtschaftspolitischen Rettungsaktionen wieder mehr Zurückhaltung üben und auf direkte Eingriffe in die Märkte verzichten. Allenfalls solle er die ökonomischen Rahmenbedingungen verbessern und darüber niedrigere Steuern, Abbau von Bürokratie oder eine neue Gründungsoffensive voranbringen. Insgesamt ist der allgemeine Ruf nach einem starken Staat schon wieder einem neoliberalen Denkmuster gewichen, obwohl wir gerade diesem gesellschaftspolitischen und ökonomischen Denkmuster die Krise zu verdanken haben.

SVR: Staat soll sich zurückziehen

In diesen Reigen ordnen sich auch die sogenannten Wirtschaftsweisen (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, SVR) mit ihrem jüngsten Jahresgutachten ein. Sie gehen sogar einen Schritt weiter, indem sie die Bundesregierung auffordern, sofort auf den Weg einer „flankierenden“ Wirtschaftspolitik zurückzukehren. Wenn überhaupt, dann solle der Staat lediglich eine „horizontale“ Industriepolitik umsetzen, die sich auf die Bereitstellung einer

guten Infrastruktur und die Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs auf nationaler und internationaler Ebene konzentrierte. Einer interventionistischen, „vertikalen“ Industriepolitik gibt der SVR eine klare Absage. Nach Meinung des SVR ist es nicht Sache des Staates, Zukunftsmärkte und -technologien zu identifizieren und über diesen Weg das industrielle Wachstum zu fördern. Als Negativbeispiel führt er die Förderung Erneuerbarer Energien an. Direkte staatliche Hilfen an Branchen oder Unternehmen werden von ihm strikt abgelehnt, weil erstens der Politik die Kompetenzen fehle, zweitens das Prinzip der Haftung außer Kraft gesetzt werde und drittens der Wettbewerb verzerrt werde.



SVR kritisiert aktuelle Industriepolitik

In seinem Gutachten holt der Sachverständigenrat die alten angebotstheoretischen Konzepte wieder auf den Tisch. Er sieht den Staat als „starken Unparteiischen“, „der auch unter hohem Druck Partikularinteressen standhält und marktwirtschaftliche Prinzipien wahr“. Für die deutsche Industrie sei die Weltwirtschaftskrise eine Chance für eine Runderneuerung. Denn nun sei die Stunde gekommen, endlich Überkapazitäten abzubauen und überkommene Geschäftsmodelle über Bord zu werfen.

Zwar hatte sich die Große Koalition dazu entschieden, unter anderem mit dem Deutschlandfonds direkt in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Der SVR hat mit diesem Schritt zunächst auch keine Probleme, weil der Staat über die Einrichtung des Deutschlandfonds den Kreditfluss an Unternehmen wiederherstellen will. Er kritisiert aber, dass es bei dieser Stützungsmaßnahme nicht alleine geblieben ist. Denn der Staat unterstütze darüber hinaus einzelne Branchen - wie zum Beispiel die Automobilindustrie - oder sogar einzelne Unternehmen. Damit würden - so die Argumentation des SVR - überfällige Restrukturierungen verhindert bzw. Managementfehler ausgebügelt. Zudem habe nach Meinung des SVR die alte Bundesregierung nicht solchen Unternehmen oder Branchen geholfen, die tatsächlich Hilfe brauchen, sondern solchen, die ihre Interessen über ein starkes Lobbying im Verbund von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik durchsetzen konnten.

Wirtschaftsweise sind nicht lernfähig

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat beim SVR nicht etwa zu einem Überdenken der neoliberal ausgerichteten Industriepolitik geführt. Aus seiner Sicht soll der Staat vor allem auf die freien Marktkräfte vertrauen. Aber diese Argumentation ist pure Ideologie und geht an den wirklichen Bedürfnissen vorbei.

In der aktuellen Situation geht es nicht um einzelne Krisenunternehmen, sondern wegen der Finanzkrise um zahlreiche unverschuldet in die Krise geratene Industriebranchen und Wertschöpfungsverbände. Wenn durch die Konjunkturkrise die industrielle Wertschöpfungsstruktur zerstört wird, kann es Jahrzehnte dauern, bis diese wieder aufgebaut ist. Das wäre volkswirtschaftlich unverantwortlich. Die Rettung gerade international wettbewerbsfähiger Branchen und Unternehmen macht daher volkswirtschaftlich Sinn. Und dafür brauchen wir endlich eine aktive Industriepolitik.

Zusammenbruch der Industrie würde Wohlstand gefährden

Der Niedergang ganzer Branchen hätte dramatische Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Struktur. Eine Abwärtsspirale würde in Gang gesetzt: Die Nachfrage nach Dienstleistungen und Gütern würde zurückgehen. Die Steuereinnahmen würden auf breiter Front sinken. Der Unternehmensbestand würde schrumpfen und Hunderttausende von Industriearbeitsplätzen würden abgebaut. Regionale Arbeitsmärkte würden zusammenbrechen und gut ausgebildete Bevölkerungsschichten abwandern.

Industrie nach wie vor gefährdet

Auch wenn derzeit ein tieferer Absturz gestoppt scheint, so ist die Krise noch lange nicht zu Ende. Die Produktion in vielen Branchen der Metall- und Elektroindustrie liegt nach wie vor um ein Viertel unter dem Stand des Vorjahres. So geht der Verband des deutschen Maschinenbaus (VDMA) für das laufende Jahr von einem Rückgang der Produktion um zwanzig Prozent aus, erst für 2010 erwartet der VDMA eine Stag-

nation. Voraussichtlich erst im Jahr 2013/14 wird das Produktionsniveau von 2008 wieder erreicht - wenn überhaupt. Die deutsche Industrie leidet heute an dem Zusammenbruch ihrer Auslandsmärkte, einer zu geringen Binnennachfrage und zu hohen Kreditkosten.

Neue industriepolitische Maßstäbe notwendig

Die amtliche Industriepolitik geht bisher davon aus, dass durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ganz von alleine mehr und bessere Arbeitsplätze entstehen und die bestehenden Arbeitsplätze sicherer werden. Diese Gesetzmäßigkeit ist nicht erst seit der Finanz- und Konjunkturkrise außer Kraft gesetzt worden, sondern bereits seit dem Entstehen von neuen Unternehmenskonzepten, der Dominanz unternehmerischer Shareholder Value-Strategien und der damit verbundenen kurzfristigen Renditeorientierung nicht mehr gültig. Auch deshalb geht der Sachverständigenrat in seinem Gutachten von überholten Annahmen aus.

IG Metall: Staatliche Hilfen nur mit Auflagen

Mit dem Ende der wirtschaftlichen Talfahrt dürfen wir die Sicherung der Industriestrukturen und -beschäftigung jedoch nicht aus den Augen verlieren. Vielmehr sind jetzt, da sich die konjunkturellen Aussichten aufhellen, weitere Schritte zur Stabilisierung der Industrie und der Sicherung von industriellen Arbeitsplätzen dringend erforderlich. Egal ob zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit, für Investitionen in die Modernisierung des Produktionsapparates oder zur Erneuerung der Produktpalette, ohne Hilfe bei der Finanzierung werden viele Unternehmen in den nächsten Monaten nicht in der Lage sein, ihren Produktionsbetrieb aufrechtzuerhalten. Mit dem bereitgestellten Geld können Unternehmen Zeit gewinnen und zwar solange bis wieder Vertrauen in die Wirtschaft aufgebaut wurde, der Weltmarkt und die angestammten Märkte wieder funktionieren. Eine solche Situation ist eine Kraftanstrengung für Unternehmen, Betriebsräte und Beschäftigte, die gemeinsam eine schwierige Situation meistern müssen. Konflikte helfen da wenig. Staatliche Hilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten sollten aber nicht ohne Auflagen gezahlt werden. Kriseninstrumente müssen an gesellschaftlich und beschäftigungspolitisch sinnvollen Kriterien geknüpft werden. Einzelfalllösungen sind angesichts der Dimension der Krisensituation nicht tragbar.

Public Equity Fonds für Krisenunternehmen

Keine Frage, der Staat muss in der momentanen Situation bestehende Unternehmen und ihre Arbeitsplätze unterstützen. Auf kurz oder lang müssen deshalb weitere Schritte folgen. So fordert die IG Metall schon seit einiger Zeit die Einrichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung. Dieser Public Equity Fonds ist an eindeutigen Bedingungen festgemacht. Das Unternehmen muss ein tragfähiges Unternehmenskonzept vorlegen und glaubhaft machen, wie es die Beschäftigung in der Krise sichern will.